

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den bez. abg. Tag. Besondere: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Circulardirektionen 2 Mk. im Voraus, bei Bestellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Besondere: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Circulardirektionen 2 Mk. im Voraus, bei Bestellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. wöchentlich.

Angabenpreis: Die Hauptpreise Komplette 20 Goldmarken, die 4 getrennten Teile des amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldmarken, die 2 getrennten Teile des amtlichen Bekanntmachungen 5 Goldmarken. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Die Redaktion befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Hauptstraße 10.

Nr. 54. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag den 4. März 1926

Klarheit.

Die Situation ist klar, absolut und unvertrocknet klar. Mögen auch einige Säge in des Reichskanzlers Hansburger Rede kleine diplomatische Verbeugungen bedeuten. Nicht nur der allgemeine Vorklang, sondern der ganze Geist dieser Rede tat alles, um die letzten Nebel des Zweifels im Inland zu zerstreuen; hoffentlich auch im Ausland. Luthers ist ein Mann, der gern und lange die Dinge in der Schwebe läßt; er ist kein Freund schneller Entschlüsse, doch wenn er einmal etwas beschloßen hat, dann geht er geradeaus bis zum Ende, mag dies sein wie es will.

Er hat sich gar nicht geirrt, seinem Erlaunen Ausdruck zu geben über die Politik, die man Deutschland gegenüber in der Frage der Neuverteilung der Ratsfuge eingeschlagen hat. Er erlaubt sich, einen mehr wie deutlichen Hinweis in die Richtung dessen zu setzen, was man hinsichtlich des Zeitpunktes erklärt hat, zu dem diese Politik der Neuverteilung angeht. Und er drückt sein drastisches Erlaunen darüber aus, daß man bis vor vierzehn Tagen von diesen großartigen Plänen so gar nichts gehört habe. Er wird noch deutlicher: Deutschland habe ja gar kein Recht, darüber mitzureden zu dürfen, ob eine solche Neuverteilung erfolgen solle, denn — es wäre ja noch gar nicht Mitglied. Man hätte es also gar nicht zu fragen brauchen. Das ist deutlich. Er lehnt alles Verhandeln und Kompromittieren ab: erst müssen wir einmal im Völkerverband sein und dann — werden wir ja weiter leben. Aber unseren Eintritt lassen wir uns an keine Bedingung knüpfen. Noch deutlicher: tut man das, so zerfällt man die Gesamtpolitik des letzten Jahres. Tut man das, so vernichtet man Ausschichten noch im letzten Augenblick, die die Mitarbeit Deutschlands im Völkerverband eröffnen. Ganz deutlich: wir stehen mit unserer Auffassung nicht allein.

Das dürfte wohl genügen in Paris und London. Jedenfalls glaubt der Kanzler, daß die deutsche Auffassung sofort oder zum mindesten in Genf Geltung gewinnt: unvereinbar ist es mit dem Stand der Dinge, wenn die Einräumung des ständigen Ratsfuges für Deutschland mit einer weiteren Änderung der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Aus diesen Worten Luthers geht deutlich hervor, daß man uns nicht etwa zumuten darf, uns für unseren Eintritt zu binden an das Versprechen, nun im September der Zulassung Polens zu einem ständigen Ratsfuge keinen Widerstand entgegenzusetzen. Denn was den Polen recht ist, das ist nicht zuletzt in unserem Interesse auch Schweden billig. Oder Spanien. Oder China. Oder Brasilien. Die Situation ist also klar, unverrückbar klar, wenigstens dafür, wie wir eintreten. Ob wir aber 6 oder 7 im Völkerverband, das wird vom Völkerverband selbst abhängen. Denn auch darüber sprach Luthers ein unverhülltes Wort: Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland im Rahmen der Völkerverbandsgemeinschaft in gleicher Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es sie selbst den Interessen der anderen Völker entgegenbringt.

Wir haben unendlich viel getan, unendlich viel zugehoben, um uns den Weg zum Völkerverband zu eröffnen. Die Regierung Luthers hat sich nicht geirrt, sich auch an schwere innerpolitische Verpflichtungen zu binden — doch es gibt dafür auch eine Grenze. Wir haben in den bisherigen Tagen des Völkerverbandes nicht den Grund zu übermäßiger Schätzung gefunden. Wir haben jedoch die Hoffnung, daß es endlich anders werden wird, haben sogar den Glauben, daß es anders werden kann, nämlich dann, wenn man von der anderen Seite her uns endlich einmal den unbedingt notwendigen guten Willen entgegenbringt. Wir, das betonte Luthers zum Schluß seiner Rede in Hamburg, wollen diesen guten Willen mitbringen. Ob das genügt, wird erst die Zukunft lehren.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Bildung eines interfraktionellen Ausschusses. Reichskanzler Dr. Luthers hatte die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien zu sich gebeten, um ihnen den Wunsch nach einer besseren und engeren Führung und Zusammenarbeit zwischen den Regierungsparteien und der Regierung zur Durchführung des innerpolitischen und finanziellen Programms der Regierung zu unterbreiten. Die Besprechung hatte das Ergebnis, daß wieder ein interfraktioneller Ausschuss gebildet werden soll, der diese härtere Führungsnahme mit der Regierung ermöglichen soll.

Von demokratischer Seite wurde die Auffassung vertreten, daß der vom Reichskanzler gewünschte Zweck am besten dadurch erreicht würde, wenn ein Minister ohne Parteifarben ernannt würde, der ausgesetzt mit dem Reichstag Fühlung nehmen, den Ministerrat besuchen und sich über alle einschlägigen Dinge mit den Regierungsparteien in Verbindung setzen würde. Der Kanzler sagte zu, daß er diese Anregung in Erwägung ziehen wolle.

„Eine Heerschau deutscher Arbeit“.

Hindenburgs Abschiedsworte in Leipzig. Reichspräsident von Hindenburg ist von dem Besuch der Leipziger Messe wieder in der Reichshauptstadt einetroffen. Vor seiner Abreise aus der Messestadt

Ausweg aus der Krise?

Letzte Vorbereitungen für Genf.

Frankreich und Polen ratifizieren Locarno. Die Vorbereitungen, die die an der Völkerverbandung teilnehmenden Mächte für die Beratungen in Genf zu treffen haben, sind in das letzte Stadium getreten. Fast alle Staaten haben bereits ihre Delegierten ernannt. Für Deutschland besonders erfreulich ist die Nachricht, daß Österreich seinen Bundeskanzler Dr. Ramek nach Genf entsenden wird, um an dem Beschluß des Völkerverbandes über die Aufnahme Deutschlands mitzuwirken. Dr. Ramek hat die Absicht, in einer besonderen Rede das historische Ereignis des Eintritts Deutschlands in den Völkerverband mit warmen Worten zu begrüßen. Von Frankreich werden Briand und Paul Boncour entsandt werden, Polen wird durch seinen Minister Strazynski vertreten sein und an der Spitze der englischen Delegation wird Außenminister Chamberlain stehen.

Die Haltung Englands zur Frage der Verneuerung der Ratsfuge wird natürlich von besonderer Bedeutung sein. Die Entscheidung des englischen Kabinetts hierüber steht unmittelbar bevor. Bekanntlich hat Chamberlain wiederholt den Wunsch ausgesprochen, mit möglichst ungebundenen Händen die Reise nach Genf anzutreten. Gut unterrichtet englische Kreise wollen jedoch wissen, daß das englische Kabinet seinem Delegationsführer genaue Richtlinien mitgeben wird, an die Chamberlain insbesondere in der Frage der Verneuerung der Ratsfuge gebunden sein soll. In Londoner politischen Kreisen herrscht überdies die Ansicht vor, daß es in der Frage der Zuteilung ständiger Ratsfuge zu einem Kompromiß kommen werde. Dieses würde darin bestehen, daß unmittelbar nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerverband eine Kommission ernannt würde mit dem Auftrage, die Anträge anderer Staaten auf einen ständigen Ratsfuge im Geiste größten Wohlwollens zu prüfen. Diese Kommission würde der Völkerverbandsversammlung aber erst im September Bericht erstatten, so daß also erst zu diesem Zeitpunkt die Frage der Verneuerung der Ratsfuge spruchreif werden würde.

Ob sich Polen mit dieser Regelung einverstanden erklären wird, ist noch sehr fraglich. Zwar wurden die Locarnoverträge vom polnischen Landtag ratifiziert, jedoch nahm die polnische Volksvertretung mit den Stimmen aller politischen Parteien eine Entschließung an, die

für Polen einen ständigen Sitz im Völkerverband verlangt. Auch in Frankreich ist, nach tagelangem zitternden Ringen in der französischen Kammer, der Locarnopakt mit 413 gegen 71 Stimmen angenommen worden, nachdem Briand mehrmals in die Debatte eingegriffen hatte, um die starken Bedenken, die in der Kammer gegen den Vertrag von Locarno laut wurden, zu zerstreuen. In dieser Debatte wurde von den Gegnern des Vertrages immer wieder das drohende deutsche Geispen an die Wand gemalt, und dem französischen Ministerpräsidenten ist es nur gelungen, seine Widerjäger zu bezwingen, indem er wiederholt auf die völlige Isolierung Frankreichs hinwies, wenn die Verträge von Locarno nicht abgeschlossen worden wären.

Die privaten Besprechungen.

Wie Reuters erfährt, ist in gutunterrichteten Kreisen keine Bestätigung der Meldungen zu erlangen, daß irgendwelche Besprechungen, sei es Deutschland, sei es einem anderen Lande gegenüber, gemacht worden seien in bezug auf das Verfahren bei der Tagung des Völkerverbandes in Genf. Wie dargelegt wurde, ist niemand in der Lage, irgend jemandem Besprechungen zu machen. Die Entscheidung werde notwendigerweise beim Rat selbst liegen. Es gewinnt jedoch die Überzeugung immer mehr an Boden, daß der größte Teil der bestehenden Schwierigkeiten in erheblichem Umfang, wenn nicht vollständig, auf Grund der privaten Besprechungen, die sicherlich am Montag in Genf zwischen den Führern der einzelnen Delegationen stattfinden werden, beseitigt werden würden. Irgend etwas Unbilligeres als der bloße Wunsch der Ernennung einer Kommission, die diese Fragen prüfen und an den Völkerverband Bericht erstatten soll, liegt nicht vor; aber es scheint, als ob dieser Gedanke von Genf selbst ausgegangen sei, und daß er einen möglichen Ausweg darstelle.

Diese Auslassung ist auf Berliner Nachrichten zurückzuführen, die davon zu berichten wählten, daß Deutschland aus London die Versicherung erhalten habe, daß keine neuen Mitglieder zum Völkerverband in diesem Monat außer Deutschland zugelassen werden. Dieses, so meint der Berliner Berichterstatter des „Daily Express“, sei das Ergebnis des deutschen Ultimatus, daß Deutschland sonst sein Aufnahmegeruch zurückziehen werde.

wies Hindenburg bei einem Empfangsabend im Leipziger Rathaus in einer Rede darauf hin, daß es um ihn einen großen Eindruck gemacht habe, am Fuße des Völkerschlachtdenkmal in den gewaltigen Hallen gewissermaßen eine Heerschau deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgewisses und damit ein Wahrzeichen arbeitsamer, aufstrebender Gegenwart sowie ein Hoffnungszeichen neuer deutscher Wirtschaftsentwicklung zu überblicken. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, in der Millionen von arbeitsamen Menschen zu Nichts und Elend verurteilt seien, werde die Leipziger Messe ihren Wert beweisen. Er lehnte, so schloß der Reichspräsident, mit der Zuversicht nach Berlin zurück, daß sich überall der feste Entschluß rege, durchzuhalten und wiederaufzubauen.

Deutscher Reichstag.

(109. Sitzung.) OB. Berlin, 3. März.

Debatte über den Reichswehretat.

Die zweite Beratung des Reichswehretats wird fortgesetzt. Abg. Graf von der Scharfenburg (Dm.) weist darauf hin, daß der Mehrbedarf des Reichswehretats durch die Abstriche im Ausschuss von 70 auf 61 Millionen herabgesetzt worden sei. Die sachgemäße Arbeit der Reichswehr sei anzuerkennen. Sie sei eine Schule geworden zur Bildung und Erziehung von Charakteren und Persönlichkeiten. Bei General von Seeckt läge die Führung der Reichswehr in den besten Händen. Erfreulich sei, daß der Wehrrat den bayerländischen Verbänden nicht feindselig oder gefühllos gegenüberstehe; er werde aber ihrem Wert nicht voll gerecht, der nicht auf militärischem, sondern auf ideellem und geistigem Gebiete liege. Die waffenstarrende Welt zeige, daß wir von der Epoche des ewigen Friedens noch weit entfernt sind. Die beste Sicherung Frankreichs gegen Deutschland auf weite Sicht sei eine großzügige Verständigung auf dem Boden wirklicher Gleichberechtigung. Der Ausnahmestand der allgemeinen Entlohnung Deutschlands widerspreche aber dem Gedanken der Gleichberechtigung. Der Redner verteidigte dann unter Verfall die alte Armee. Bei der an sich notwendigen Entpolitisierung der Reichswehr sehe Reichswehrminister Dr. Gessler offenbar mit dem rechten Auge stärker als mit dem linken. Es sei aber anzuerkennen, daß Dr. Gessler und General von Seeckt die Reichswehr zu einer kleinen, aber scharfen Waffe gemacht haben. Die Reichswehr verdiene den Dank des Volkes.

Abg. Kämpfer (Soz.) stimmt dem Redner zu in der Anerkennung der Leistungen des alten Heeres. Der Oberste Artilleriehauptmann sei befördert. (Die meisten deutschen nationalen Abgeordneten verlassen bei dieser Bemerkung den Saal.) Der Reichswehrminister habe bei der Aufstellung seines Etats gar

teine Rücksicht auf die schwere Notlage des Volkes genommen. Der Verwaltungsapparat der Reichswehr und der Marine sei viel zu groß. Nicht weniger als 90 Offiziere seien als Reserveoffiziere im Ministerium tätig. Dazu kommen noch 49 Hilfs-offiziere, deren Aufgabenteil schwer zu erkennen sei. Es müsse auch geprüft werden, ob die deutsche Reichswehr tren und fest zur Republik steht. Die Zweifel daran seien nicht auf Einzelfälle gestützt; das Grundübel liege vielmehr darin, daß über die Einbeziehung in die Reichswehr die in den meisten Fällen monarchistisch gestimmten Kompanieführer zu bestimmen haben. Politisch bedenklich sei die Beteiligung der Reichswehr an Besetzungen alter Generale und an Denkmalsentstellungen, bei denen monarchistische Neben gehalten würden, wie beispielsweise die des Generals Ertz von Arnim. Die wenig republikfreundliche Haltung des Ministers wird auch in der Frankfurter Zeitung kritisiert, die Dr. Gessler doch nahelegt. (Der Minister ruft nein.) Vielmehr ist Dr. Gessler aus der demokratischen Partei schon ausgestiegen. (Der Minister verweist auch das.) Der Redner wendet sich dann gegen die Schwarze Reichswehr. Trotz des Verbotes der Schwarzen Reichswehr seien noch 1926 im Februar junge Leute in Formationen dieser Art eingezogen und von der Reichswehr uniformiert worden. Die Sozialdemokraten könnten dem Wehrrat politisch kein Vertrauen entgegenbringen und würden deshalb sein Gehalt ablehnen.

Abg. Wrag (Ztr.) bedauerte den bisherigen Verlauf der Debatte. Für die Republik sei es eine peinliche Lage, wenn ihre Wehrmacht zwar von der antirepublikanischen deutschen nationalen Partei gelobt, aber von dem Sprecher der stärksten republikanischen Partei kritisiert wird. Mit einer Ablehnung des Etats des Reichswehrministers sei dem Gedanken der Völkerverbandung nicht der kleinste Dienst erwiesen. Mit der kleinen deutschen Reichswehr sei kein Krieg zu führen. Deutschland könne sich nur mit einer Politik der Verständigung durchsetzen, aber das von den Siegerstaaten Deutschland zugehobene Mindestmaß der Landesverteidigung müsse aufrechterhalten werden. Kritik verdienen allerdings die außerordentlich hohen Preise, die für die Waffen und Heeresgeräte ausgeben werden müssen. An der in letzter Zeit in so lebhafter Propaganda gegen die Reichswehr scheinende gewisse Stellen im französischen Generalsstab nicht unbeteiligt zu sein. Mit bedauern, daß die Sozialdemokraten die Mittel für die neuen Schiffe ablehnen wollen. Wenn die bayerländischen Verbände so wären, wie sie der deutschen nationale Redner geschildert hat, so könnte man sie begrüssen. Leider verfolgen die nationalen Verbände ganz andere Ziele. Die Reichswehr muß losgerissen von politischen Organisationen jeder Art sein.

Abg. Bräuningshaus (D. Sp.) widersprach der Meinung, daß der Wehretat nicht parlamentarisch geprüft werden sei. Die Wehrausgaben seien lediglich die automatische Wirkung der früher beschlossenen Gesetze, durch welche die Bezüge der Reichswehrangehörigen berechnert wurden. In begriffen wäre die Erklärung des deutschen nationalen Redners, daß Deutschland den Weg der Verständigungspolitik suchen müsse. Wir hoffen,